Beate Müller-Gemmeke
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte

Berlin
Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Tel: (030) 227 73041, Fax: (030) 227 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis
Gartenstraße 18 - 72764 Reutlingen
Tel: (07121) 9092411, Fax: (07121) 9943186
beate.mueller-gemmeke.wk01@bundestag.de

Pliezhausen, 2. Februar 2018

Neujahrsempfang der Evangelisch-methodistischen Kirche Bezirk Pliezhausen

Festvortrag „Gesellschaftlicher Zusammenhalt"

Sehr geehrter Herr Pastor Ziegler, sehr geehrter Herr Bürgermeister Dold,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich ganz herzlich für die Einladung und ich freue mich wirklich, dass ich heute Abend hier sein darf. Ich bin ständig im Austausch und Dialog mit Menschen und doch ist das Gespräch heute für mich hier mit Ihnen - in meiner Heimatgemeinde Pliezhausen – schon etwas Besonderes. Als ich nach einem Thema für den heutigen Abend gefragt wurde, musste ich nicht lange überlegen. Es war mir sofort klar, ich möchte mit Ihnen über den „gesellschaftlichen Zusammenhalt" reden. Das Thema passt in die Zeit. Es passt hier in Ihre Kirche. Das Thema passt auch zu mir, denn die Idee vom Zusammenhalt unserer Gesellschaft hat mich zu der grünen Sozial- und Arbeitsmarktpolitikerin gemacht, die ich heute bin. Und das Thema ist für mich auch hochaktuell und zwar tagtäglich seit der Bundestagswahl.

Und ich möchte vorweg schicken. Als ich an meiner Rede gearbeitet habe, wusste ich anfangs noch nicht so genau, wo es hingeht und wie ich sie schreibe. Die Rede wurde ernst, aber ich habe gemerkt, das fühlt sich richtig an.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist ein hohes Gut, für das wir eintreten und das wir erhalten müssen. Wir müssen zusammenhalten, wir müssen die Gesellschaft zusammen halten, denn Zusammenhalt ist die Grundlage und Voraussetzung dafür, dass ein Staat – eine Gesellschaft – überhaupt funktionieren kann.

Ein starker gesellschaftlicher Zusammenhalt führt dazu, dass die Menschen das Gemeinwesen als intakt und solidarisch empfinden. Zusammenhalt ist eine Qualität, die verbindet und dazu beiträgt, eine Gesellschaft lebenswert und zukunftsfähig zu machen. Die Menschen fühlen sich dann sicher und sind zufrieden. Und ein gutes Miteinander lässt die Menschen auch positiv in die Zukunft schauen. Das brauchen wir jetzt mehr denn je, denn die Welt ist näher zusammen gerückt. Es sind Herausforderungen zu meistern, die verunsichern und den Menschen auch als Bedrohung erscheinen können, auch weil sie nicht mehr allein national zu lösen sind - Finanzkrise, längerfristige Trends wie Globalisierung und Digitalisierung, steigende weltweite Ungleichheit, Flüchtlingsbewegungen oder beispielweise die Klimakrise. Die Welt und das Leben in dieser Welt ist unübersichtlicher geworden und deshalb brauchen wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, damit wir die globalen Herausforderungen tatsächlich gemeinsam bewältigen können.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist aber kein Wert an sich, sondern entsteht immer auch in einem politischen Kontext, auch in Diktaturen und autoritären Regimen. So entstand in der NS-Diktatur mit Hilfe

von Nationalismus, Kriegsrhetorik und Propaganda der Zusammenhalt als „Volksgemeinschaft". Die Folgen und Verbrechen sind bekannt und das darf es nie wieder geben. Deshalb ist heute der politische Kontext ganz bewusst - aufgrund unserer Geschichte - eine rechtsstaatliche Demokratie. Und unser Grundgesetz ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält.

Unsere Gesellschaft beruht auf der Vorstellung, dass alle Menschen gleich sind an Würde und Rechten. Deshalb ist die Würde des Menschen unantastbar. Alle haben die gleichen Rechte. Niemand darf besser oder schlechter behandelt werden. Für Menschen mit Behinderungen darf es keine Sonderwelten geben, sie sollen mit uns mitten in der Gesellschaft leben können. Auch Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Was Männer dürfen, dürfen auch Frauen. Und umgekehrt.

Wir haben in unserer Gesellschaft auch das Recht auf Freiheit. Alle Menschen dürfen ihr Leben so leben, wie sie möchten, soweit sie nicht die Rechte anderer verletzen. Bei uns gilt Meinungs- und Pressefreiheit. Alle können frei entscheiden, ob sie glauben und an was sie glauben. Bei uns stehen natürlich die christlichen Werte an erster Stelle, denn sie prägen unsere Gesellschaft. Und doch steht es uns frei, ob wir religiös sind, ob wir regelmäßig die Kirche besuchen oder nicht. Und ganz wichtig: Unsere Gesellschaft bietet Menschen, die vor Krieg und Gewalt auf der Flucht sind, Schutz und Heimat. Denn unser Grundgesetz garantiert nicht nur Bürgerrechte, sondern auch Menschenrechte.

Rechte – egal ob Menschenrechte oder Bürgerrechte - sind kein Nullsummenspiel. Sie sind universell und voraussetzungslos. Es gibt keine Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit sie gelten. Wir können und müssen sie uns auch nicht verdienen. Ähnlichkeit ist also keine Voraussetzung dafür. Und Verschiedenheit ist auch nie ein Grund für Ausgrenzung.

Unser Grundgesetz verteidigt die Rechte und formuliert gleichermaßen die Pflichten in einer vielfältigen Welt und gibt uns die Stichworte - Freiheit, Gleichheit und die Würde des Menschen – mit auf den Weg. Passend dazu haben Sie in Ihrer Kirche das „Soziale Bekenntnis" und die „Sozialen Grundsätze". Und in meinen Worten übersetze ich das für mich: Ziel ist nichts anderes als eine freie, solidarische und gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen Chancen erhalten und alle Menschen Lebensperspektiven entwickeln können.

Das Grundgesetz garantiert Rechte. Werte garantieren kann es aber nicht. Das ist unsere Aufgabe und damit unsere Gesellschaft zusammenhält, brauchen wir Offenheit, Toleranz, Achtung und Respekt.

Eine solche Gesellschaft ist keine Selbstverständlichkeit. Sie verändert sich ständig. Denn wir sind es, die sie gestalten. Wir können also nicht einfach behaupten, dass wir in einer freien, demokratischen Gesellschaft leben und schon gar nicht glauben, dass das immer so bleiben wird. Freiheit ist nichts, was wir einfach besitzen. Sie ist keine statische Gewissheit. Die Freiheit muss immer aufs Neue gelebt und auch verteidigt werden.

Ein Beispiel: Unsere Gesellschaft ist seit einiger Zeit von Terrorismus und Gewalt bedroht. Hier muss Politik entschlossen reagieren. Aber - das ist eine Gradwanderung. Die Menschen wollen keine Angst haben vor islamistischen Terroristen, wenn sie auf Weihnachtsmärkte gehen. Und die Menschen, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren, wollen vor rechter Gewalt keine Angst haben. Die große Mehrheit will aber auch nicht, dass Grenzen hochgezogen werden, die Polizeipräsenz zu groß wird, jeder Schritt per Video aufgezeichnet wird oder alle Handydaten gespeichert werden. Die Politik muss also Sicherheit gewährleisten, ohne dabei unsere Freiheit aufzugeben.

So werden in unserer Gesellschaft immer wieder Kompromisse gesucht und Regeln neu verhandelt. Das ist ein dynamischer Prozess. Und wenn ein großer Teil der Gesellschaft sich mit den Werten und

Regeln identifizieren kann, dann ist der gesellschaftliche Zusammenhalt stark – die Qualität des Miteinanders hoch.

Jetzt stellt sich natürlich nach den abstrakten Ausführungen trotzdem die Frage, wie es denn nun tatsächlich aussieht mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land. Wenn ich Sie hier jetzt alle fragen würde, dann würden wir hier die unterschiedlichsten Einschätzungen hören. Denn „gesellschaftlicher Zusammenhalt" ist ein schillernder Begriff, der viele unterschiedliche Assoziationen auslöst. Alle unterstützen den Wunsch nach mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt und verstehen dann doch darunter nicht zwangsläufig das Gleiche. Deshalb wird seit längerer Zeit versucht, das Phänomen gesellschaftlicher Zusammenhalt empirisch zu fassen. Genau das macht die Bertelsmann Stiftung schon seit etlichen Jahren. Sie haben „gesellschaftlichen Zusammenhalt" definiert und befragen regelmäßig viele Menschen. Und dabei drehen sich die Fragen um 3 Aspekte und zwar um „soziale Beziehungen", „Verbundenheit mit dem Gemeinwesen" und „Gemeinwohlorientierung" und dabei geht es um bundesweite Einschätzungen, aber auch um regionale, also um das eigene Umfeld.

Der neueste „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt" – so heißt die Studie - war in diesem Jahr besonders interessant, weil er in stürmischen Zeiten erstellt wurde. Denn in letzten Jahren ist ja viel passiert. Und ich fasse das sehr verkürzt zusammen: In vielen europäischen Ländern wurden europakritische und nationalistische Kräfte stark. In Großbritannien stimmte eine Mehrheit für den Austritt aus der Europäischen Union. Den in Ungarn gestrandeten Flüchtlingen wurde die Einreise nach Deutschland erlaubt und dies hat unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Auf der einen Seite ist eine beispiellose Welle der Hilfsbereitschaft entstanden. Auf der anderen Seite wurden aber schnell die Stimmen laut, dass Deutschland die Grenze der Aufnahmefähigkeit erreicht habe. Es gab gewalttätige Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und in Dresden entstand die islamfeindliche Pegida-Bewegung. Daraufhin schärfte die AfD ihr rechtspopulistisches Profil und sitzt jetzt mit 92 Abgeordneten im Deutschen Bundestag. Es gab also zwei konträre Entwicklungen, die manche als Spaltung der Gesellschaft wahrnehmen. Aber was heißt das jetzt für den Zusammenhalt, wenn die einen für Vielfalt und Offenheit eintreten und die anderen genau davor Angst haben?

Laut den Ergebnissen aus dem Jahr 2017 kann der gesellschaftliche Zusammenhalt – allen Unkenrufen zum Trotz – noch immer als gut bezeichnet werden. Im Saarland, in Baden-Württemberg und Bayern ist er übrigens am stärksten. Dabei steht die wachsende kulturelle und religiöse Vielfalt - Stichwort Flüchtlinge – laut Studie dem Gemeinsinn in keiner Weise entgegen. Im Gegenteil – bei der Vielfalt wurde sogar der höchste, also beste, Wert gemessen. Es konnte auch kein Zusammenhang zwischen dem Bevölkerungsanteil an Migrant_innen und Geflüchteten und der Qualität des Zusammenhalts festgestellt werden. Vielmehr lässt sich sagen: Ein hoher Migrationsanteil schadet dem Zusammenhalt nicht.

Es gibt also noch immer den gesellschaftlichen Zusammenhalt und dennoch, und das müssen wir ernst nehmen, meinen drei Viertel der Befragten, der gesellschaftliche Zusammenhalt sei zumindest teilweise gefährdet. Anders sieht es jedoch vor der eigenen Haustür aus. Im eigenen Umfeld, also da wo die Menschen leben, da wird der Zusammenhalt nochmals höher bewertet. Nur knapp 7 Prozent halten ihn für schlecht. Das zeigt: Die konkreten Alltagserfahrungen der Menschen sind demnach besser als das, was sie für das gesamte Land vermuten oder was ihnen öffentliche Debatten dazu spiegeln.

Das Ergebnis der Studie ist also ambivalent. Und an einigen Stellen werden auch eindeutige Brüche aufgedeckt. Wobei diese Brüche ganz anders gelagert sind, als es die gegenwärtige Debatte um Einwanderung und Integration nahelegen. So gibt es beispielsweise eine tiefe Spaltung beim sozialen Mit-

einander zwischen Ost und West. Der Zusammenhalt ist in den ostdeutschen Bundesländern durchgängig schwächer als in den alten Bundesländern. Das zeigt, dass die politische Zielsetzung, die Lebensverhältnisse zwischen Ost und West anzugleichen, noch längst nicht erreicht ist. Und dazu passt, dass die AfD-Ergebnisse in den ostdeutschen Bundesländern viel höher liegen und dies obwohl dort viel weniger Migranten und Geflüchtete leben, als bei uns. Ein weiterer Befund ist aus meiner Sicht besonders bedenklich. So hat ein großer Teil der Bevölkerung – in Ost und West - das Gefühl, dass es hierzulande nicht gerecht zugeht. Viele Menschen sehen eine Gerechtigkeitslücke und das in einem so reichen Land wie Deutschland. Das waren sehr verkürzt, die für mich wichtigsten Ergebnisse dieser Studie. Vor diesem Hintergrund treiben mich 3 Aspekte zum gesellschaftlichen Zusammenhalt besonders um.

1. Die Gerechtigkeitslücke

Es geht nicht mehr gerecht zu in unserer Gesellschaft. Und das ist nicht nur ein Gefühl, sondern Realität und das zeigt auch der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sehr deutlich. Denn die Unterschiede beim Einkommen sind heute weit größer als noch vor 20 Jahren.

Wenn die Dividenden so mancher Erben höher sind als das Jahreseinkommen von Vorstandsvorsitzenden von DAX-Unternehmen und wenn eben diese Manager wiederrum das Hundertfache ihrer Angestellten verdienen, wenn andererseits Pflegekräfte, die wertvolle gesellschaftliche Arbeit leisten, unterbezahlt sind, wenn Familien mit kleinem Einkommen oder Alleinerziehende keinen bezahlbaren Wohnraum finden und wenn jedes 5. Kind arm ist, dann läuft etwas grundsätzlich falsch.

Wenn sich Langzeitarbeitslosigkeit immer weiter verfestigt, wenn junge Menschen unter den vielen Befristungen leiden, wenn beim Facharbeiter in Leiharbeit der Lohnzettel alles Mögliche spiegelt, aber sicher nicht den Wert der geleisteten Arbeit, und wenn trotz langjähriger Arbeit die Rente immer häufiger nicht mehr reicht für ein würdevolles Leben im Alter, dann machen sich die Menschen immer mehr Sorgen. Die Unsicherheit steigt.

Wenn jetzt nach der Globalisierung, auch die Digitalisierung unsere Arbeitswelt verändert, wenn den Menschen dieser technologische Wandel zu schnell geht, wenn sich die Arbeitswelt zu sehr beschleunigt und wenn sich die Menschen Sorgen machen müssen, dass es für sie in der digitalen Arbeitswelt keinen Platz mehr gibt, dann bröckelt zwangsläufig der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Die Arbeitswelt muss deshalb gerecht sein und alle brauchen Chancen und Perspektiven. Notwendig ist eine Sozialpolitik, die alle Lebensrisiken für alle Menschen solidarisch absichert. Denn nur soziale Sicherheit gibt Zuversicht. Niemand darf ausgegrenzt oder alleine gelassen werden. In unserem Land muss für alle ein gutes Leben möglich sein.

Diese Forderung richtet sich auch an die Wirtschaft. Rückdeckung dafür kommt sogar auch vom Weltwirtschaftsforum, das vor kurzem in Davos tagte. Denn der „Weltrisikobericht 2018" kommt zu dem Schluss, es sei „Zeit für einen neuen Sozialvertrag", weil die wachsende Ungleichheit zur Gefahr für den sozialen Frieden und die Demokratie geworden sei.

Damit bin ich bei meinem 2. Aspekt – dem Rechtspopulismus – wobei ich nicht mehr weiß, ob das noch der richtige Begriff ist.

Die Gerechtigkeitslücke verunsichert viele Menschen. Und als viele Flüchtlinge bei uns Schutz suchten, wurden die Kräfte aktiv, die schon immer auf Abschottung setzen und unser Land auch politisch spalten wollen. Es gelingt ihnen, die Sorgen und Unsicherheit der Menschen in Angst zu verwandeln. Sie nutzen Verunsicherung, um eine Stimmung der Ausgrenzung zu erzeugen. Sie schüren ein Gefühl des Neids,

dass die sogenannten Fremden mehr bekommen oder etwas bekommen, was uns am Ende fehlen könnte. Und schüren damit fremdenfeindliche Ressentiments.

Um Angst zu erzeugen, sind ihnen alle Mittel recht. Alexander Gauland sagte beispielsweise zu den Asylzahlen: "Wir brauchen keine Zuwanderung von Menschen, die hier im Arbeitsmarkt eh keine Chancen haben". Damit vermengt der AfD-Chef das Flüchtlingsthema bewusst und gezielt mit der Einwanderung. Wir alle hier wissen: Asyl bekommt, wer Schutz sucht, nicht, wer Arbeit sucht. Und Gauland weiß das natürlich auch. Er sagt es trotzdem – und der Satz bleibt hängen und schürt die Angst der Menschen. Ich sagte vorher, dass der Zusammenhalt bundesweit niedriger bewertet wird als im eigenen Umfeld. Die Ursachen dafür sind diese Aussagen, die dann im Fernsehen zu hören und in den Zeitungen zu lesen sind.

Jetzt war ich immer felsenfest davon überzeugt, dass politische Konflikte und auch der Streit um die besten Argumente zu einer pluralistischen Demokratie gehören. Konkret: wir müssen die Rechten nur inhaltlich stellen. Meine Erfahrungen heute sind aber: Die Rechtspopulisten diskutieren nicht. Sie behaupten und verbreiten Dinge, die nicht stimmen. Sie beschimpfen, diffamieren und beleidigen. Sie schüren Fremdenfeindlichkeit und Rassismus nach einem denkbar einfachen Prinzip: Wir und die Anderen. Und die anderen gehören nicht dazu. Vor allem glauben sie, sie seien allein die Vertreter des Volkes. Wie sich das anfühlt, habe ich erlebt, als meine Plakate im Wahlkampf mit „Volksverräter" überklebt waren. Und ich erlebe es jetzt immer öfter, weil die AfD im Bundestag reden darf.

Ich sagte vorher: eine freie Gesellschaft erfordert Offenheit, Toleranz und vor allem Respekt. Und Respekt ist etwas, das jedem Menschen zusteht. Aber genau dieser Respekt vor den Menschen und vor unseren Werten geht verloren. Der politische Diskurs hat sich verändert. Das zeigt sich, wenn Pegida-Anhänger mit einem Galgen für Kanzlerin Merkel demonstrieren und wenn Menschen, die Flüchtlingen helfen, als „Gutmenschen" diffamiert werden. Wenn sich immer mehr das Wort „Lügenpresse" breit macht, wenn in der Öffentlichkeit eine Debatte zum Schießbefehl an unseren Grenzen angezettelt wird und wenn der Sohn von Boris Becker rassistisch beleidigt wird, dann ist das gefährlich und da müssen wir uns wehren.

Denn mit der Sprache verschieben sich auch die Grenzen, was die Menschen politisch für möglich und unmöglich halten. Das Unrechtsbewusstsein verändert sich. Und damit auch das Wesen der Demokratie. Die Werte, die unsere Gesellschaft prägen, sind vor diesem Hintergrund verletzlicher und unsicherer geworden. Das spaltet unsere Gesellschaft und gefährdet nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch unsere Demokratie. Das dürfen wir nicht zulassen.

3. und letzter Aspekt – jede und jeder ist wichtig.

Beide Phänomene – Gerechtigkeitslücke und wachsender Rechtspopulismus gefährden heute den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das beunruhigt mich zutiefst. Wir alle – die Politik, die Kirchen, alle Menschen müssen alles Erdenkliche tun, um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu erhalten. Rechtstaat, Gewaltenteilung, Demokratie brauchen unser Engagement.

Es sind die sozialen Ängste und die soziale Unsicherheit, warum so viele Menschen empfänglich sind für die Demagogen am rechten Rand, die den politischen und sozialen Konsens in Deutschland infrage stellen und keine Lösungen, sondern bestenfalls Scheinlösungen anbieten. Denn eines ist klar: Nicht die Geflüchteten haben die Probleme gebracht. Auch vorher fehlten bezahlbare Wohnungen. Auch vorher waren zu viele Familien arm. Und auch vorher waren rund eine Million Menschen langzeitarbeitslos. Keine noch so restriktive Flüchtlingspolitik kann an diesen Problemen etwas ändern. Wenn Menschen

doch glauben, es würde unsere Probleme lösen, wenn „diese Anderen" verschwinden. Dann irren sie sich. Und das müssen wir ihnen immer und immer wieder vermitteln.

Wir brauchen eine Politik, die alle Menschen mitnimmt und niemand ausgrenzt oder zurücklässt. Die Gerechtigkeitslücke muss geschlossen werden. Aber es war noch nie erfolgreich, die Rechten dadurch zu bekämpfen, dass man ihre Positionen übernimmt. Im Gegenteil, das macht ihre Positionen salonfähig und führt dazu, dass sich ihre Politik durchsetzt, ohne dass sie dafür eine Mehrheit brauchen. Die Politik muss vielmehr eine klare Haltung zeigen. Sie muss mit beiden Beinen fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und deutlich machen, dass die garantierte Menschenwürde für alle gilt. Das gibt den Menschen eine Orientierung.

Jeden Tag werden Menschen bei uns angegriffen – weil sie anders aussehen, anders sprechen. Weil sie fremd erscheinen und Fremde bleiben sollen. Für diese Gewalt, für Volksverhetzung und Antisemitismus sind Staatsanwaltschaften und die Ermittlungsbehörden zuständig. Es muss aber uns beunruhigen, wenn Angriffe auf Geflüchtete still oder gar laut gebilligt werden. Für die alltäglichen Formen der Missachtung, Demütigung und Diskriminierung sind wir alle zuständig.

Wir können und müssen uns für die Menschen einsetzen, die als erstes unter rechten Tendenzen zu leiden haben. Minderheiten, Geflüchtete, Menschen, die aus der "Norm" fallen. Denn sie merken es zuerst, wenn sich die Diskurse verschieben. Die christlichen Werte sind zugleich soziale Werte, die uns auffordern, sich um diejenigen zu kümmern, die benachteiligt werden und jenen zu helfen, die Hilfe brauchen. Wichtig dabei sind Räume der Verständigung und Begegnung und auch Kirchen sind solche wichtigen Orte in unserer Gesellschaft. Wenn sich unterschiedliche Menschen an diesen Orten begegnen und kennenlernen, dann sind sie sich nicht mehr fremd. Dabei gilt es alle sichtbar zu machen und alle anzusprechen, die hier zusammenleben und diese Gesellschaft ausmachen.

Wir müssen sensibel sein und wachsam, auch selbstkritisch. Wenn unsere Werte, wenn unser Zusammenhalt durch Rassismus und Rechtspopulismus angegriffen werden, dann müssen wir uns lautstark dagegen wehren. Eine lebenswerte Gesellschaft braucht eine konsequente Haltung gegen jede Form der Ausgrenzung – bevor es zu spät ist. Dazu braucht es jede und jeden - alte Menschen und junge, mit und ohne Arbeit, Menschen, die religiös sind oder nicht glauben, Unternehmerinnen, Gewerkschafter, Bürgermeister und Pastoren. Jede und jeder ist wichtig. Denn unsere demokratische Geschichte wird von allen gemacht. Alle gesellschaftlichen Akteure, alle demokratischen Kräfte, wir alle müssen etwas tun. Wir müssen das, was unser Leben in dieser Gesellschaft ausmacht – Offenheit, Toleranz, Freiheit und Gleichheit – neu begründen und stark machen.

Vor dem heutigen Abend habe ich den Flyer der evangelisch-methodistischen Kirche gelesen. Und da habe ich einen beeindruckenden Satz gefunden, denn dort steht: „Wie kann verletzendem Spott die Kraft genommen werden? Mit Selbstbewusstsein." Das passt auch bei diesem Thema. Wir können selbstbewusst sein. Denn wir sind nicht wehrlos und auch nicht sprachlos. Wir haben das Grundgesetz und die Grundidee unserer Demokratie an unserer Seite. Wir können mit der Würde des Menschen und mit den Menschenrechten argumentieren. Wir müssen Verantwortung übernehmen für unsere Gesellschaft.

Denn eine Gesellschaft ist nur stark, wenn sie zusammenhält.